

-ANZEIGE-

**35,3%**

verwalten ihr Geld online.

Forum

Diskutieren Sie mit



Politik

LÄNDERSPIEGEL



Das Marinearsenal Wilhelmshaven

## Strahlenrisiko unterschätzt?

**Verdacht erhärtet: Immer mehr krebskranke Radartechniker der Bundeswehr**

Von Cornelia Donath und Gregor Hassemer

Auf den Bericht des ZDF-Länderspiegels über Bundeswehrsoldaten, die bei ihrer Tätigkeit an Radargeräten krebserregender Strahlung ausgesetzt waren, gab es zahlreiche Reaktionen. Vermutlich sind mehr Soldaten an Krebs erkrankt, als zunächst angenommen wurde.

[Vollständige Meldung ▼](#)
[Nächste Meldung ►](#)

**E-MAIL** Schreiben Sie eine eMail an den Länderspiegel

### EIGENE MELDUNGEN

**ZDF.MSNBC** Länderspiegel-Titelseite

**ZDF.MSNBC** Scharping: Uran-Munition verschossen

**ZDF.MSNBC** ARCHIV: EU für Verbot von Uran-Munition

**ZDF.MSNBC** ARCHIV: Nato: Keine Krebsgefahr durch Uran-Geschosse

**ZDF.MSNBC** Stichwort: Uranmunition



Dutzende E-Mails und besorgte Anrufe von Betroffenen erreichten die Redaktion des ZDF-Länderspiegels, nachdem die Sendung vom 13.1.2001 von Bundeswehrsoldaten berichtet hatte, die bei ihrer Tätigkeit an Radargeräten krebserregender Strahlung ausgesetzt waren. 34 ehemalige Angehörige der Bundeswehr vermuten einen Zusammenhang zwischen ihren schweren Gesundheitsschäden und ihrer Tätigkeit

an Radargeräten. Einer von ihnen ist Siegfried Rabenstein. Auch er hat sich als ehemaliger Radartechniker beim Länderspiegel gemeldet. Von den rund 50 Kollegen seiner Abteilung beim Marinearsenal Wilhelmshaven seien bis 1991 sieben an Krebs gestorben, acht weitere schwer erkrankt. Zudem meldeten sich bei der Oldenburger Nordwest-Zeitung sieben weitere Betroffene, die in Raketenstellungen arbeiteten und ebenfalls krebskrank seien.

Dr. Bernd Ramm,  
Medizinphysiker

### 60-FACHE ERHÖHTE STRAHLUNG



ZDF

Rabenstein liegen Angaben über die Strahlenbelastung an seinem früheren Arbeitsplatz vor: Bis zum Jahre 1976 wurden 60-fach erhöhte Röntgenstrahlen-Werte gemessen. Medizinphysiker Dr. Bernd Ramm hält diese Menge für eindeutig krebserregend: "Fünf Sievert haben die Leute in zehn Jahren abbekommen, und die

Statistik sagt, dass das bei hundert bestrahlten Menschen zu 25 Toten in den nächsten 20 bis 40 Jahren führen würde. Und genau das ist passiert. Ich persönlich bin absolut sicher, dass da der Zusammenhang eindeutig ist."

Die Bundeswehr hat die Existenz der Studie der Universität Witten/Herdecke zum Thema "Gesundheitliches Risiko beim Betrieb von Radareinrichtungen der Bundeswehr" bestätigt, die erstmals im ZDF-Länderspiegel zitiert wurde. Ihre Ergebnisse könnten auf einen Zusammenhang zwischen der Tätigkeit der Soldaten an Radargeräten und ihrer Erkrankung hindeuten. Sie erfasst 99 ehemalige Radarspezialisten mit erheblichen Gesundheitsproblemen, von denen 69 an Krebs erkrankt sind. 24 von ihnen sind bereits verstorben. Die Bundeswehr hatte die Studie zur Untersuchung von Krebserkrankungen bei Radartechnikern in Auftrag gegeben, bisher aber unter Verschluss gehalten.

### REGIERUNG UNTER BESCHUSS

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) erklärte inzwischen, er zweifle diese Zahlen nicht an. Er hat einen Arbeitsstab zur Untersuchung möglicher Gesundheitsgefahren für Soldaten durch Radaranlagen in den 60er und 70er Jahren eingesetzt. Die Leitung übernimmt Theo Sommer, Mitherausgeber der Wochenzeitung "Die Zeit". Der Stab soll klären, ob

Krebserkrankungen durch unzureichend abgeschirmte Radargeräte hervorgerufen worden sein könnten. Außerdem soll 2002 eine weitere Studie vorliegen, die auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll. Die Studie soll klären, wie der größtmögliche Schutz der Soldaten in Zukunft zu gewährleisten sei. Den in der Vergangenheit verstrahlten Radar-Opfern versprach Verteidigungsminister Scharping, man werde ihre Anträge auf Wehrdienstentschädigung großzügiger behandeln als bisher geschehen.

In einer nichtöffentlichen Sitzung des Verteidigungsausschusses am Mittwoch dieser Woche warf die Opposition Verteidigungsminister Scharping vor, Meldungen über Krebsfälle durch Radarstrahlen abgewiegelt zu haben. Der CDU-Verteidigungsexperte Paul Breuer sagte, Scharping nehme die Ängste der Soldaten nicht ernst. Angelika Beer, Verteidigungsexpertin der Grünen, wies auf Versäumnisse der Regierung Kohl hin. Der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) habe den Verteidigungsausschuss nicht über die Gefahr von Radarstrahlen informiert. Auch Scharping betonte die Verantwortung seiner Amtsvorgänger: "Ich stehe nicht zur Verfügung als Schuttabladeplatz für Versäumnisse meiner Vorgänger, egal, welche das waren." Scharping erklärte im Verteidigungsausschuss, dass die Sicherheitsbestimmungen im Umgang mit Radargeräten im Lauf der Zeit kontinuierlich verbessert worden seien. Auch habe man die Strahlengrenzwerte neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst.

### **BUNDESWEHR SIEHT KEINE GEFAHR**

Offensichtlich als Reaktion auf den Länderspiegel-Bericht lud die Bundeswehr auf dem Luftwaffenstützpunkt Mechnich (Eifel) vergangenen Mittwoch zu einem Pressetermin, um sich zu den Vorwürfen zu äußern. Nach Ansicht von Experten der Bundeswehr gehe von modernen Radargeräten keine Gefahr aus, wenn alle Sicherheitsbestimmungen eingehalten werden. Alle Radareinrichtungen werden ständig auf mögliche schädliche Strahlungen überprüft. Die in der Vergangenheit aufgetretenen Krankheitsfälle führen die Bundeswehrexperthen darauf zurück, dass der Schutz vor Strahlungen damals technisch "eben naturgemäß noch nicht dem heutigen Stand der Technik entsprochen hat."

Die Bundeswehr streitet eine aktuelle Gefahr durch Strahlung der Radargeräte ab und sieht sich nicht veranlasst, besondere Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Leutnant Thomas Engelmann,

Strahlenschutzbeauftragter des Luftwaffenversorgungsregiments 8 in Mechemnich verneint eine Gesundheitsgefährdung durch Strahlung von Radargeräten. Er sagt, es hätte sich in ihrer Einheit bestimmt herumgesprochen, wenn ein Kamerad durch die Radarstrahlung an Krebs erkrankt wäre. Auch Oberstleutnant Günther Franz, stellvertretender Kommandeur des Regiments, hält es nicht für nötig, besondere Vorsichtsmaßnahmen einzuleiten. Beim Regiment würden die Vorschriften konsequent eingehalten. "Deswegen kann ich für die Soldaten eine Gefährdung nahezu ausschließen."

Dennoch liegen der Bundeswehr 36 Anträge auf sogenannte Wehrdienstbeschädigung von Radarmechnikern vor. Fünf von ihnen seien positiv beschieden.

### **HOFFNUNG AUF ENTSCHÄDIGUNG**

Nach dem Beitrag des ZDF-Länderspiegels schöpfen die Betroffenen Hoffnung. Das Verteidigungsministerium hat reagiert: Bei der sich bisher schwierig gestaltenden Einzelfallprüfung durch die Bundeswehr sollen Anträge in Zweifelsfällen eher bewilligt werden, als dies bislang üblich war. In der Vergangenheit war es für Einzelpersonen äußerst schwierig, eine überhöhte Strahlenbelastung nachzuweisen, da bis in die 80er Jahre keine detaillierte Auflistungen über Strahlenwerte an den Arbeitsplätzen vorlagen.

Für Strahlenopfer Ulrich Häntzschel könnte dies bedeuten, dass sein nunmehr sieben Jahre währender Kampf letztlich doch von Erfolg gekrönt wird. Noch weigert sich die Bundeswehr, sein Krebsleiden als vom Radar verursachte Berufskrankheit anzuerkennen. Trotzdem verliert Häntzschel den Mut nicht, obwohl der Rechtsstreit inzwischen vier Aktenordner füllt. "Bis jetzt ist noch kein Ende abzusehen. Aber es ist mein Wunsch und meine Hoffnung, dass jetzt ein positives Ende erreicht wird."

20. Januar 2001

---

#### **INTERNET LINKS**

ZDF.MSNBC ist nicht verantwortlich für den Inhalt.

 [INTERNET](#) Bundesministerium der Verteidigung

---

 **Empfehlen Sie diesen Artikel weiter. • Bitte klicken Sie hier.**

**TOP 10 UNSERER LESER** Würden Sie diesen Artikel anderen Lesern empfehlen?

gar nicht ◀ 1 — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 — 7 ▶ sehr

© 2001 ZDF.MSNBC



[Titelseite](#) | [Überblick](#) | [Politik](#) | [Wirtschaft](#) | [Sport](#) | [Computer](#) | [Magazin](#) | [Wetter](#) | [TV-Tipp](#)  
[Suchen](#) | [Impressum](#) | [Hilfe](#) | [Service](#) | [E-Mail](#) | [Index](#) | [Werbung bei ZDF.MSNBC](#)

[Hilfe](#) [Service](#) [E-Mail](#)